

Fakten zur Verstrickung der Banken in Finanzoasen



Von der Finanzoase in die Finanzkrise

Viele Banken nutzen Finanzoasen, um Steuerzahlungen zu vermeiden und beraten (i.d.R. reiche) AnlegerInnen beim Steuerbetrug. Durch Finanzoasen umgehen Banken und Schattenbanken Gesetze zur Finanzmarktregulierung und die Finanzaufsicht über Finanzoasen. Das ist fatal für die Stabilität des Weltfinanzsystems: Ein Großteil der Verluste, die Banken im Vorfeld der Krise 2007/2008 machten, fiel über Geschäftsteile in Finanzoasen an.

Was sind Finanzoasen?

Finanzoase ist ein Überbegriff für Steuer- und Regulierungsoasen und andere Formen der Umgehung von Gesetzen und Regeln. Er wird verwendet, um eine Jurisdiktion, also einen Rechtsraum, zu beschreiben, in dem eigenständig Gesetze erlassen werden und der in puncto Finanzströme besonders intransparent ist. Finanzoasen weisen drei Hauptmerkmale auf: 1.) Sie erlassen vorsätzlich Reglementierungen, die bestimmten Personen und Unternehmen Vorteile verschaffen, die sich geographisch nicht in der Jurisdiktion befinden. 2.) Sie unterminieren vorsätzlich die Gesetzgebung und Regulierung einer anderen Jurisdiktion und behindern damit die demokratische Kontrolle des Finanzsystems. 3.) Sie schaffen einen rechtlich abgesicherten Rahmen zur Geheimhaltung, der die NutzerInnen außerhalb der Jurisdiktion schützt.

Wer nutzt Finanzoasen und wem nutzen sie?

Unternehmen nutzen Finanzoasen, um Gewinne aus Hoch- in Niedrigsteuerländer zu verlagern, indem sie Scheingeschäfte zwischen Unternehmensteilen in verschiedenen Ländern durchführen. Laut Tax Justice Network operieren rund 99 % der börsennotierten britischen, niederländischen und französischen Unternehmen in Steueroasen. Nach den Unternehmen nutzen vor allem reiche Privatpersonen Finanzoasen zur Steuerflucht. Es wird geschätzt, dass Personen mit Finanzanlagen in der Höhe von mindestens einer Million US-Dollar etwa ein Drittel ihres Vermögens, also über 11 Billionen US-Dollar, in Verdunkelungsoasen anlegen.

Dunkle Geschäfte in Schattenfinanzplätzen-

Unter börsennotierten Unternehmen nutzen Banken besonders ausgiebig Finanzoasen. Nach der von Attac

2011 veröffentlichten Liste über Zweckgesellschaften deutscher Banken in Finanzoasen unterhält die Deutsche Bank in Georgetown auf den Cayman-Inseln mehr Niederlassungen und Zweckgesellschaften als am Konzernsitz Frankfurt am Main; mehr als die Hälfte ihrer Tochter- und Zweckgesellschaften sowie assoziierten Unternehmen sind in Steueroasen angesiedelt.

Banken umgehen Regulierung über Finanzoasen, indem sie Zweckgesellschaften in Finanzoasen gründen. Darüber führen sie beispielsweise Finanztransaktionen durch, die an anderen Standorten verboten sind. Außerdem erscheinen Risiken dieser Zweckgesellschaften nicht in der Bilanz der Bank. Diese Risiken müssen die Banken deshalb nicht durch höheres Eigenkapital absichern. Das Risiko des Zahlungsausfalls wird an AnlegerInnen weitergeben – oder an die SteuerzahlerInnen, wenn es überhaupt abgedeckt werden kann. Versicherungen umgehen gleichfalls Eigenkapitalvorschriften, indem sie sich über Finanzoasen rückversichern. Schattenbanken (d.h. Unternehmen ohne Banklizenz, die aber bankenähnliche Finanzgeschäfte betreiben, etwa Hedgefonds) agieren üblicherweise über Finanzoasen. Private Equity Gesellschaften führen schuldenfinanzierte Ankäufe und Fusionen von Unternehmen über den Gesetzesrahmen von Finanzoasen durch. Fonds, die mit Agrarrohstoffen spekulieren sind vor allem in Finanzoasen angesiedelt.

Risiken und Nebenwirkungen

Die Verluste durch Steuerflucht sind immens. Die deutsche Bundesregierung bezifferte den jährlichen Verlust durch grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen von Unternehmen auf 65 Milliarden Euro (2009). Verluste der Entwicklungsländer übertreffen die Einnahmen durch Entwicklungshilfe um etwa das Zehnfache. Auch in Finanzoasen selbst profitiert häufig nur eine Elite von den Gebühren und niedrigen Steuern. Benachteiligt ist die Mehrzahl der BürgerInnen. Nach vorsichtigen Schätzungen des Netzwerks Steuergerechtigkeit beträgt die internationale Steuerflucht ca. 2-2,5% des europäischen BIPs. Das wären aktuell rund 280-300 Mrd. Euro pro Jahr für die EU. Nicht eingerechnet sind hierbei die Verluste über spekulative Geschäfte von Banken in Finanzoasen, die letzten Endes von SteuerzahlerInnen beglichen werden, während Gewinne der Banken nicht angemessen besteuert werden.

Weitere Infos unter www.attac.de/bankwechsel



Zentrale Forderungen

Krisenmanagement sieht anders aus

Anders als in den 90er Jahren, vermitteln die meisten PolitikerInnen jetzt bei knappen öffentlichen Kassen den Eindruck, es würden Maßnahmen gegen Finanzoasen ergriffen. Tatsächlich stocken verschiedene Initiativen oder sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Die OECD-Initiative gegen Steuerflucht wurde aufge- weicht; die Liste der Steueroasen der OECD ist derzeit leer. Maßnahmen auf EU-Ebene wurden von einzelnen Staaten wie Luxemburg und Österreich blockiert und Staaten wie Großbritannien und Deutschland unterlaufen europäische Absprachen über bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen. Reformen zur Finanzmarktreform sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, so dass etwa Hedgefonds weiter über Finanzoasen spekulieren können und keinen Eigenkapitalvorschriften unterliegen. PolitikerInnen verwechseln nach wie vor die Interessen der nationalen Finanzindustrie und gut organisierter Eliten mit den Interessen der BürgerInnen. Dabei zeigt ein aktuelles Beispiel, dass es auch anders geht: Schweizer Banken gaben Informationen über Kontendaten US-amerikanischer BürgerInnen mit Schweizer Konten an die zuständigen US-Behörden weiter, nachdem die USA ankündigten, Banken die US-Lizenz zu entziehen, die Steuerbetrug unterstützt haben.

Einige wichtige Maßnahmen und Forderungen von Attac:

- Wir brauchen eine neue Steuerpolitik! In einer Zeit, in der SteuerzahlerInnen für die Folgen liberalisierter Finanzmärkte und der Ausnutzung von Regulierungslücken durch Finanzunternehmen und AnlegerInnen einstehen müssen, muss die Steuerpolitik vollkommen umgekehrt werden. Unfaire Steuerfluchtpraktiken müssen verhindert werden, die Umgehung von Finanzmarktregulierungen durch Schattenbanken u.ä. muss verboten werden und die durch Steuerdumping hervorgerufene Abwärtsspirale muss gestoppt werden. Auch der Steuervollzug muss deshalb verbessert werden. Einige Länder wie Deutschland gelten zwar teilweise als Hochsteuerland, erheben bestimmte Steuern aber nachlässig, und Finanzämter sind (scheinbar teilweise gewollt) schlecht ausgestattet. Das muss geändert werden.
- Licht an in Verdunklungs- oasen! Banken, die Beihilfe zur Steuerflucht betreiben, müssen Aufklärung leisten oder verlieren ihre Lizenz. Das Bankgeheimnis muss aufgehoben und intransparente Rechtsformen, wie Stiftungen und Trusts, müssen abgeschafft wer-

den. Diese ermöglichen es beispielsweise, EigentümerInnen, Einnahmen und Vermögen zu verstecken. Auch für internationale Unternehmen muss steuerliche Transparenz gelten. Sie müssen veröffentlichen in welchen Ländern Tochterfirmen oder Niederlassungen bestehen und wie hoch die jeweils ausgewiesenen Gewinne und Ertragssteuern sind. Alle Finanztätigkeiten sollen transparent, perspektivisch einheitlich reguliert und einheitlich (hoch) besteuert werden. Aktivitäten (außerhalb Deutschlands), die diesen Grundsatz infrage stellen, müssen beendet werden.

- Regulierungslöcher schließen! Finanzplätze müssen Mindest-Eigenkapitalanforderungen stellen und kurzfristig angelegte Spekulation mit hohem Risiko unterbinden. Sie müssen Informationen an die Finanzmarktaufsicht anderer Staaten weitergeben. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften (d. h. in Finanzoasen ausgelagerte Firmenteile, die nur benutzt werden um Regulierungen zu umgehen) müssen verboten werden.
- Wirksame Maßnahmen auf EU-Ebene sind nötig! Die Reform der Zinsrichtlinie der EU muss energisch vorangetrieben werden. Die derzeit auf Privatpersonen bezogene Richtlinie muss auf Unternehmen und Versicherungen ausgedehnt werden. Die Sonderregelungen zu anonym zu entrichtenden Quellensteuern, die sich einige Staaten ausgehandelt haben müssen fallen. Stattdessen muss der automatische Informationsaustausch eingeführt werden. Wie bei Arbeitseinkommen sollen Steuerbehörden des Wohnsitzlandes Informationen von Banken über Kontendaten zu anderen Einkommen und Vermögen erhalten. Bilaterale Abkommen zur Steuer- und Regulierungsflucht dürfen nicht hinter internationale Standards zurückfallen, wie etwa das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz. Keine Bank in der EU darf Geschäfte mit Banken außerhalb der EU machen, wenn diese keine Steuerdaten an die EU liefert.
- Nur wer Steuern eintreibt, kann Steuergelder erhalten! Seit der Ausbreitung der Steueroasen ist der Anteil der Lohn-, Mehrwert- und Verbrauchsteuern in so gut wie allen OECD-Staaten gestiegen, während der Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern gesunken sind. Wenn Staaten finanzielle Hilfen bekommen (z.B. von der EU), darf das nur unter der Bedingung geschehen, dass sie ihre Steuersysteme ausbauen und die Steuerflucht von Eliten verhindern. Sie müssen Praktiken des Steuer- und Regulierungsdumpings beenden, die beispielsweise im Fall von Irland zu hohen Verlusten im Land nach dem Crash geführt haben, und darüber hinaus Finanzakteuren in anderen Staaten ermöglicht haben, auf Kosten von SteuerzahlerInnen riskant zu spekulieren.